

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — Postcheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauschaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauschaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreis: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Der Sieg der Brotwucherer.

Das Milliarden Geschenk an die Agrarier bewilligt.

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Reichstag hat gestern Abend das Gesetz über die Neuordnung des Getreideverkehrs, das die landwirtschaftlichen Produzenten zur Ablieferung einer Getreidemenge von 2 1/2 Millionen Tonnen im Umlageverfahren verpflichtet und ihnen die übrigen Ernterträge zum freien Verkauf überläßt, mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die Stimmen der sozialistischen Fraktionen angenommen.

Genosse Dr. Herz verlas vor der Abstimmung die folgende

Erklärung der Unabhängigen Fraktion.

Zu Anfrage der unabhängigen Fraktion habe ich zu erklären, daß wir den vorliegenden Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide ablehnen. Wir halten bei der Unmöglichkeit der ausreichenden Einfuhr von Getreide aus dem Ausland die Zwangswirtschaft mit strenger Kontrolle der Ablieferung für den gegenwärtig einzig möglichen Weg, um insbesondere die Lohn-, Gehalts- und Rentempfangler in ausreichendem Maße und zu erträglichen Preisen mit Brotgetreide zu versorgen. Von diesem Gedanken geleitet, haben wir, als unser Antrag abgelehnt war, sowohl im Ausschuß als im Plenum alles darangesetzt, den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf so auszugestalten, daß er mehr ist, als eine Ruffliste, die verlesen soll, daß die freie Wirtschaft mit Getreide nicht nur den Lohn-, Gehalts- und Rentempfangler unerwünschte Lasten auferlegt, sondern auch geradezu wie ein Todesurteil für die großen Schichten der Erwerbslosen und sonstigen Rentempfangler aller Art wirkt. (Applaus weiter rechts.) Die von der Regierung vorgelegte Vorlage ist aber trotz ihrer völligen Unzulänglichkeit, die keine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Brotversorgung im kommenden Erntejahr bietet, durch die bisherigen Beschlüsse weiterhin außerordentlich verschlechtert worden, so daß der Unterschied zwischen ihr und der völlig freien Wirtschaft nur in der andern Beschränkung liegt. Die Haltung der deutschnationalen Fraktion, die hier und draußen dem Umlageverfahren den schärfsten Kampf angeleitet hat, ist der beste Beweis dafür. Es sind ferner alle Anträge der sozialistischen Parteien, die die Vorlage verbessern und die Lohn-, Gehalts- und Rentempfangler vor Ausbeutung sichern wollen, abgelehnt worden. Selbst unser Antrag, die Festsetzung des Preises für das Umlagegetreide dem Plenum des Reichstages zu übertragen und nicht einem Ausschuß zu überlassen, ist abgelehnt worden. Unkontrolliert von der Defizitlosigkeit, wird die Preisfestsetzung für das Umlagegetreide vor sich gehen, obwohl dadurch die Gewinne für die Landwirtschaft, die durch die Annäherung an die Weltmarktpreise bereits mehr als fünf Milliarden Mark betragen, noch um einige Milliarden vergrößert. (Sehr wahr! bei der USF.) Die bürgerlichen Parteien haben ferner durch die Ablehnung der Entschliebung des Ausschusses, die Schutz der Lohn-, Gehalts- und Rentempfangler und Erfassung der Mehrgewinne der Landwirtschaft fordert, ihren ausdrücklichen Willen bekundet, diesen unerbittlichen und sittenlos unbedingten Mehrgewinn in den Händen der Landwirtschaft zu lassen und nicht für die Allgemeinheit sicherzustellen, wie es die programmatische Erklärung des Reichskanzlers Dr. Wirth am 1. Juni angekündigt hatte. (Sehr wahr! bei der USF.) Sie haben es ferner abgelehnt, gegen die Preisserhöhung, die schon für die nächsten Wochen geplant ist, und die für eine vierköpfige Familie eine Belastung von 500 Mk. bedeutet, einen Schutz für Lohn-, Gehalts- und Rentempfangler zu schaffen. Dieser Beschluß ist eine Kampfanlage an alle jene Kreise, die unter der Geldentwertung leiden und die nicht handlungslos sind, ohne wesentliche Einschränkung ihrer Lebenshaltung ihr Brot einen so hohen Preis zu bezahlen. Er richtet sich in welchem Maße gegen Arbeiter, Angestellte und Beamte und gegen die großen Schichten der notleidenden Rentempfangler. (Wärm bei den Deutschnationalen.) Da die unabhängige Fraktion die Aufgabe hat, gerade diese Schichten vor weiterer Verelendung zu schützen, lehnt sie es ab, sich zu Schlepenträgern einer Politik zu machen, deren Wirkung nur die ungeheure Bereicherung der Besitzer von Realvermögen auf Kosten aller bedürftigen Volksschichten sein kann.

Die Reichsregierung mag's versuchen.

München, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) In den Kreisen der Einwohnerwehr werden die Widerstände gegen die Entwaffnung, insbesondere aber auch gegen die Auflösung immer stärker. Das in Pries in der vorigen Woche stattgefundenen Einwohnerwehrgeschiehen war vom Bezirksamt verboten worden, die Bezirksämter hatten aber erklärt, daß das Bezirksamt der Einwohnerwehr gar nichts zu beschließen habe, die Einwohnerwehr könne, wann und wie sie wolle. In Freising wurden die Einwohnerwehrgewaffen an die Studenten von Weihenstephan wieder hinausgegeben unter dem Vorwand, daß sie die Waffenlager, in dem die abgelieferten Waffen untergebracht worden seien, gegen geplante Überfälle geschützt hätten. Im Rebnitzgau haben die Einwohnerwehrführer in einer Versammlung folgende Ent-

schliebung angenommen: Um der gegenwärtigen bayrischen Landesregierung alle Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, wollen wir uns schweren Herzens mit der Entwaffnung durch unsere eigenen Entwaffnungskommissare abfinden. Solange der Bauer mit der Sense mäht und mit dem Flegel drischt, so lange der Schmied den Hammer und der Holzarbeiter die Axt schwingt, sind wir nicht gänzlich massenlos. Dagegen lehnen wir die Auflösung der Wehren einmütig ab. Weder aus dem Friedensvertrag noch aus unserem Gesetz läßt sich diese Forderung begründen. Die Reichsregierung mag versuchen, sich mit Gewalt durchzusetzen. Von der bayrischen Regierung erwarten wir, daß sie es klar ablehnt, Scherendienste gegen die Männer zu leisten, die nach dem Novemberumsturz und der Räterwirtschaft den Wiederaufbau des Staates ermöglicht haben.

Die Auflösung der Einwohnerwehren wird deshalb verweigert, weil man, wenn die Organisationen weiter bestehen, die Möglichkeit hat, diese Organisationen mit den in geheimen Lagern untergebrachten Waffen jederzeit wieder bewaffnen zu können. Es ist endlich an der Zeit, daß die Reichsregierung dafür Sorge trägt, daß die Reichsgesetze auch in Bayern beachtet werden. Oder will sie warten, bis es zu spät ist?

Sand in die Augen.

München, 16. Juni. Amtlich wird gemeldet: Das Staatsministerium des Innern hat die Belohnung für die Ergreifung des Mürders des Abgeordneten Gareis von 10 000 Mark auf 30 000 Mark erhöht.

Die Regierung könnte die Belohnung unbedenklich noch viel höher setzen. Der bekannte Apparat zum Schutze der Mörder wird schon so gut funktionieren, daß die Regierung nie in die Verlegenheit kommen wird, die ausgeschelte Belohnung für die Ergreifung des Täters auszahlen zu müssen.

Ein Appell an die Vernunft.

Berlin, 17. Juni. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Berliner Gewerkschaftskommission erläßt einen Aufruf an die organisierte Arbeiterchaft Berlins, der sich mit den letzten Vorgängen, die die Arbeitlosen vor dem Gewerkschaftshaus und innerhalb des Hauses herbeigeführt haben, beschäftigt. Sie erklärt, „Ihr dürft es nicht dulden, daß in dem Gewerkschaftshaus, das mit so großen Opfern aufgebaut ist, in dem die Bureaue eurer Gewerkschaften untergebracht sind, sich Elemente zusammenschließen, und Beschlüsse fassen, daß die Gewerkschaften zertrümmert werden sollen. Die organisierte Arbeiterchaft kann und darf es nicht zugeben, daß unorganisierte Elemente, angeführt und aufgehetzt von unerantwortlichen Provokateuren, sich ihres Eigentums bemächtigt und sich auf diesem als Herren ausprägen und wie die Banditen haufen. Es wäre eine Beleidigung der Berliner Arbeitlosen, wenn man sie mit diesen Elementen und mit dem, was sie am Freitag und Dienstag verübt haben, identifizieren wollte. Die gewalttätige Deckung des Bauarbeiterbureaus mit Einbruchswerkzeugen, die Überwältigung eines Angestellten dieses Verbandes, den man in den Dickschicht im Treppenhause werfen wollte und der es nur einem Kollegen des Zimmererverbandes zu danken hat, daß er mit dem Leben davonkam, sind Taten, zu denen ein sich seiner Arbeiterehre bewußter Arbeitstoler nicht fähig ist. Wir haben aus diesen Vorgängen die Ueberzeugung gewonnen, daß hierbei auch erbärmliche Subjekte der Konterrevolution ihre Hand im Spiele hatten. Die Arbeitlosen warnen wir, dieser Gesellschaft Folge zu leisten und sich von ihnen mißbrauchen zu lassen.“

Berlin, 17. Juni. Der Reichsausschuß der Erwerbslosenräte Deutschlands versendet ein Rundschreiben, in dem die Richtlinien für eine gemeinsame Demonstration der Erwerbslosen im ganzen Reiche für den 20. Juni aufgestellt werden. Die Demonstration sollen vor die Gewerkschaftskartelle und die Rathäuser geführt werden, um die Gewerkschafts- und Gemeindevorteiler zu zwingen, eine Erklärung abzugeben, wie sie sich zu den zehn Forderungen des ADGB stellen und wie sie diese Forderungen verwirklichen wollen. Nur durch einen Massenaufruf im ganzen Reiche sei ein Erfolg zu erzielen.

Schweres Grubenunglück bei Zwickau.

Zwickau, 16. Juni. Auf dem Schacht I des Steinkohlenwerkes Florentin Kästner u. Co. in Reinsdorf bei Zwickau ereignete sich Mittwochnachts 2 Uhr beim Einfahren der Mittagschicht ein schweres Unglück. Aus noch nicht festgestellter Ursache kürzte das Fördergestell nebst Seil und Seilrolle etwa 500 Meter in die Tiefe; von den zwölf Bergleuten, die sich im Förderstuhl befanden, war die Mehrzahl sofort tot; die andern erlagen im Laufe des Nachmittags ihren Verletzungen. Zehn der Verunglückten waren verheiratet.

Erste Anzeichen zur Einkehr der Vernunft.

Daß es der einzig richtige Weg war, um die Bahn zu einer vernünftigen Lösung des Wiedergutmachungsproblems freizumachen, vorerst das Londoner Ultimatum der Allierten anzunehmen und darauf zu bauen, daß die wirtschaftliche Vernunft sich gegen die imperialistische Wahnsinnspolitik durchsetzen werde, ist in der kurzen Zeit, die seit der Annahme des Ultimatus verfloßen ist, bereits deutlich in die Erscheinung getreten. Die Atmosphäre des Mißtrauens, die jede gemeinsame Arbeit an der Lösung der gemeinsamen Probleme unmöglich machte, ist geschwunden, die Luft gereinigt und die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß an Stelle der ewigen militärischen Bedrohungen und imperialistischen Lösungsversuche nüchternere, wirtschaftliche Erwägungen getreten sind. Und kaum waren die Vorbedingungen gegeben, so begann sich auch schon langsam, aber sicher die wirtschaftliche Vernunft durchzusetzen, die alles, was an den Reparationsforderungen der Allierten unvernünftig und unmöglich ist, korrigiert.

Von den ehemals feindlichen Ländern war es England, das zuerst den Weg der Vernunft betrat, zunächst in der Form der Kritik an der im Friedensvertrag und im Ultimatum diktierten Lösung des Wiedergutmachungsproblems. Es ist verständlich, daß gerade England auf diesem Wege voranging, denn erstens ist in diesem alten, kapitalistischen Lande ein reicher Schatz nationalökonomischer Erfahrung aufgespeichert und das öffentliche Leben von nationalökonomischem Geiste durchtränkt — ist ja auch England der Staat, der seine Politik am bewußtesten nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientiert —, zweitens aber ist England, von Amerika abgesehen, am wenigsten unmittelbar an den Erträgen der deutschen Reparationsleistungen interessiert, jedenfalls nicht so sehr, daß es ein besonderes Interesse daran hätte, um der Vorteile willen, die ihm aus den Reparationsleistungen entspringen, ihre nachteiligen Wirkungen in Kauf zu nehmen. Und so ist denn von England die erste systematische, mit unwiderleglichen nationalökonomischen Argumenten gewappnete Kritik der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages ausgegangen, die der deutschen Öffentlichkeit als Grundlage für ihre Kritik gedient hat. Es war das die Schrift, die der Engländer Keynes bald nach dem Abschluß des Friedensvertrages verfaßt hat.

Und die englische Regierung war es, die als erste und erfolgreich gegen die maßlosen französischen Wiedergutmachungsforderungen Einspruch erhob und zuerst in der Reparationskommission und dann im Londoner Ultimatum ganz wesentliche Milderungen der unerfüllbar harten finanziellen Bestimmungen des Versailler Vertrages gegen den heftigen Widerstand Frankreichs durchsetzte. Und wieder ist es England, von dem bald nach der Annahme des Ultimatus zuerst eine Stimme der Versöhnung zu uns herüberdrang, die eine baldige Korrektur der heute geltenden Wiedergutmachungsbestimmungen in das Bereich der Möglichkeit rückte und als Zielinie der offiziellen englischen Politik ankündigte. Es geschah dies in der Rede, die der englische Kolonialminister Churchill vorige Woche in Manchester hielt.

Die Churchill'sche Argumentation, daß durch das System von internationalen Verschuldungen Schuldner wie Gläubiger leiden müßten, wurde von einem als nationalökonomischem Sachmann allgemein anerkannten und in der englischen Öffentlichkeit außerordentlich angesehenen Finanzmann, dem früheren Schatzsekretär und jetzigen Vorsitzenden einer der größten englischen Banken, Mac Kenna, aufgegriffen und zu einer sündenlosen Beweisreihe aufgebaut. Mac Kenna geht von der bekannten Erwägung aus, daß die von Deutschland geforderten Geldzahlungen nur durch Ausfuhrüberschüsse ausgebracht werden könnten, die in so gewaltigem Umfange nur erzielt werden könnten, wenn sich das Niveau der Lebenshaltung des deutschen Volkes bedeutend senkte. Kenna weiß sehr wohl, daß bei der augenblicklichen Machtverteilung in Deutschland die Arbeiterschaft allein der leidtragende Teil sein würde. Sehr richtig sagt er von dem System der Geldzahlungen: „Für die deutschen Industriemagnaten bedeute es billige Arbeit und großen Ertrag, die Last der Schulden werde in der Hauptsache vom deutschen Arbeiter getragen werden.“ Für das Ausland aber hat die Verbilligung der Arbeitskraft der deutschen Arbeiter zur Folge, daß Deutschland zum gefährlichsten und widerstandsfähigsten Konkurrenten wird. „Wir zwingen“, sagt Kenna, „dem deutschen Volke Arbeitsbedingungen auf, die es ihm ermöglichen, Waren jeder Art billiger anzufertigen, als wir.“ Seine Konkurrenzkraft wird sich aber nicht nur, wie man gewöhnlich annimmt, im Handelsverkehr äußern, sondern, was für England besonders schwer in die Waagschale fällt, auch in der Schifffahrt und im Bank- und Versicherungswesen. Für England entspringen also aus den deutschen Reparationsleistungen schwere Nachteile, die durch den Anteil an den deutschen Entschädigungssummen weitaus nicht aufgewogen werden.

Mac Kenna kommt zu dem Schluß, daß es aus diesem Dilemma nur einen einzigen Ausweg gibt: daß Deutschland nicht in Geld, sondern unmittelbar in Rohstoffen, wie Kohle, Holz, Raff-